



Barbara Müller ist langjähriges Mitglied des Afrika-Komitees und Koordinatorin der KEESA. Kontakt: coordination@apartheid-reparations.ch.

Impressum

Ausgabe 159 | August / September 2015
ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 40. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo, Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon (+41) 61-692 51 88 | Fax (+41) 61-269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnemente und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto: Basel 40-17754-3

Für Überweisungen aus dem Ausland:
in CHF: Migros Bank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 8667 9
(Bic SwiftCode: POFICHBEXXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Veit Arlt (Red.), Prince Asamoah, Beatrice Felber, Pius Frey, Elisa Fuchs, Stephen Gelb, Susy Greuter, Barbara Müller (Red.), Pascal Schmid, Hans-Ulrich Stauffer, Natalie Tarr, Caro van Leeuwen, Mohamed Wa Baile, Daniela Zimmermann, Sithembiso Zwane.

Gestaltungskonzept: TypoHaller
Layout: wernlis grafische gestalter
Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage
Jahresabonnement: Fr. 30.–/Euro 30.–
Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 40.–
Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 50.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 160: 30. September 2015.
Schwerpunktthema: 40 Jahre Unabhängigkeit im lusophonen Afrika.
Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben: Eritrea, Politische Partizipation und Demokratie, Wahrnehmung Afrikas, Bevölkerungsmobilität. Interessierte an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Personenkontrolle in Hillbrow (Johannesburg) während der xenophoben Angriffe 2008 (Bild: Alon Skuy).

Zum vierten Mal organisiert das Afrika-Komitee in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Afrikastudien Basel und der KEESA (Kampagne für Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika) eine Tagung (siehe Einladung in der Beilage). Dieses Jahr setzen sich die eingeladenen Aktivisten und Akademikerinnen mit dem aktuellen Thema Migration und Xenophobie in Südafrika und in der Schweiz auseinander. Ausgangspunkt dazu war die Gewaltwelle gegen Migrantinnen im März 2015 in Südafrika, die acht Menschen das Leben kostete und Tausende aus ihren Heimen vertrieb. Die Reaktion der Regierung war widersprüchlich. Zwar handelte sie entschlossener als 2008 und brachte die Situation relativ rasch unter Kontrolle. Die Täter wurden jedoch nicht verhaftet, stattdessen umfassende Razzien gegen Ausländerinnen ohne gültige Papiere durchgeführt. Deutlich anders als 2008 waren die Reaktionen der Ursprungsländer der betroffenen Migrantinnen, welche die Regierung von Jacob Zuma scharf kritisierten, weil Südafrika die Sicherheit ihrer Staatsbürger nicht gewährleistete.

Wir beginnen mit einer Reflexion von Elísio Macamo, der sich grundsätzliche Gedanken über das Reisen und die Unterteilung von Menschen in solche mit reiseförderlichen bzw. reisehinderlichen Pässen macht. Wobei der rote Pass mit dem weissen Kreuz im 19. Jahrhundert eher den letzteren zuzuordnen gewesen sein dürfte, jedenfalls solange die Schweiz als armes Auswanderungsland zählte.

Der südafrikanische Ökonom Stephen Gelb spricht in seinem Beitrag von Politikversagen und wirft der Regierung vor, dass sie aus den gravierenden fremdenfeindlichen Vorfällen von 2008 keinerlei Lehren gezogen habe und die enorme Frustration der Armen nicht ernst nehme. Er appelliert dringend an die politische abstinente Mittelklasse, politische Verantwortung für die Zukunft des Landes zu übernehmen. Die Kirchen in Südafrika haben in der Gesellschaft grosses Gewicht. Deshalb ist es von Bedeutung, dass sie die Hetze und brutale Gewalt gegen Zugewanderte (einheimische wie ausländische) mit Entschiedenheit verurteilen und die Parteinahme für die Schwachen auch theologisch untermauern, wie Sithembiso Zwane in seinem Beitrag darlegt. Der Hintergrund der Gewalt ist vielschichtig: dies zeigt der Artikel «Ausländer als Sündenböcke» von Daniela Zimmermann und Prince Asamoah. Dazu gehören die Darstellung des Themas in den Medien und der Politik, aber auch die Abschottung Südafrikas unter dem Apartheidregime. Denn für viele Südafrikaner beginnt «Afrika» nach wie vor erst jenseits der südafrikanischen Grenze. Mit dem Artikel von Mohamed Wa Baile weiten wir den Fokus dieses Heftes auf die Schweiz aus. In seinem Beitrag beschreibt er eigene demütigende Erfahrungen mit der Polizei, deren «Racial Profiling» uns aus den jüngsten Berichten über Polizeigewalt gegen Schwarze in den USA geläufig ist. Wa Baile warnt mit Nachdruck und zu Recht vor den Folgen solcher rassistischer Praktiken auf die Verfasstheit der in der Schweiz aufwachsenden Secondos.

Ich wünsche Ihnen eine stimulierende Lektüre. ■

Der Fluch der Reisepässe

Ein Dokument bestimmt unsere persönliche Freiheit

Wer Grenzen überschreiten möchte, muss einen Pass bei sich tragen. Doch dieses Dokument öffnet nicht allen Menschen in gleicher Weise Türen. Der Soziologe Elísio Macamo sinniert über die Geschichte des Reisepasses und beklagt die fehlende Moral in der Migrationspolitik

Reisepässe sind schon komische Dinge. Obwohl nur Papier, entfalten sie eine grosse Wirkung. Sie teilen mit, ob wir aus einem Land kommen, dessen Bewohnerinnen anderswo willkommen sind oder nicht. Sie können Anlass für Misstrauen sein, und Menschen aus Ländern mit einer schlechten Reputation schämen sich oftmals, ihren Pass vorzuzeigen oder zerstören ihn, um dem Stigma zu entgehen. Handkehrum gibt es Reisepässe, die Türen öffnen – sie dokumentieren den Status jener Menschen, die das Glück hatten, in einem Land geboren zu sein, wo man heute glaubt, auf die (arme) Welt verzichten zu können. In der Vergangenheit war dem freilich nicht so. Erst die Reiselust von Menschen aus diesen selbstzufriedenen Ländern – die «Entdeckungsreisen» – weckte bei den heute Unerwünschten die Lust zu reisen und förderte die Vorstellung, dass das Bedürfnis nach einem besseren und sichereren Leben durch Reisen befriedigt werden kann.

Vom «Laissez passer» zum Pass

Und somit sind wir bei der gegenteiligen Qualität der Reisepässe gelandet: Sie können Menschen bewegen. Dies war das ursprüngliche Anliegen, als Pässe zum ersten Mal ausgestellt wurden. Ihre Träger durften «passieren» – durch Türen gehen und Grenzen überschreiten. Doch schon während des Ersten Weltkrieges wurden in Europa Reisepässe dazu verwendet die Ausreise zu verhindern. Menschen mit besonderen Fertigkeiten und Berufen sollten im eigenen Land gehalten werden. Heute sind Reisepässe grundsätzlich dafür da, Europäerinnen das Tor zur Welt zu öffnen und diese Menschen aus Afrika und anderen wirtschaftlich benachteiligten Regionen vorzuenthalten. Reisepässe besitzen eine unglaubliche Macht. Damit diese Feststellung nicht wie ein einseitiger Vorwurf an Europa klingt, sei eine bittere Information hinzugefügt: Es ist leichter für Europäerinnen sich in Afrika zu bewegen als für die Afrikaner selbst. Sie brauchen fast überall in Afrika ein Visum und Europäer weit seltener. Solidarität unter Armen scheint ein unbekannter Begriff zu sein. Somit werden Afrikaner doppelt bestraft: Sie sind weder in Europa noch in Afrika gern gesehene Gäste. Ein Schweizer kann zum Beispiel weltweit 80 Länder ohne Visum besuchen, eine Mosambikanerin hingegen nur neun, und diese befinden sich allesamt im südlichen Afrika.

Es ist deshalb kein Wunder, dass die meisten Afrikaner, die unterwegs sein wollen, auf Reisepässe ebenso pfeifen wie auf die normativen Ordnungen, welche sie aufrechterhalten und mit denen sie versuchen, Bewegung zu verhindern (oder zu steuern). Vielleicht hat sich ja die Erfahrung des Sklavenhandels als Millionen von Afrikanerinnen – ohne Reisepässe – vor allem den Atlantik überquerten im «genetischen Code»

eingeschrieben. Damals genügte es, in einer Güterliste als «Mann» oder «Frau» eingetragen zu werden, um einen Beitrag zur Entwicklung von Amerika und Europa zu leisten. In gleicher Weise scheint auch die damalige Ankunft vieler Europäer in Afrika – ohne Visum – im Erbgut Europas verankert zu sein. Es genügt, handeln zu wollen, Menschen bekehren oder Erkunden und Forschen zu wollen. Warum dürfen dies Afrikaner nicht in gleicher Form in Europa tun?

Die Gründe sind eigentlich naheliegend. Reisepässe sind nicht einfach Dokumente, die Bewegung steuern. Sie sind Ausdruck der Strukturiertheit der Welt. Struktur bedeutet Regeln, Vorschriften und Kontrolle. Struktur macht aus einer natürlichen Handlung ein Politikum.

Politik und Moral

Eine natürliche Handlung wie «sich zu bewegen» wandelt sich unter diesen Bedingungen in «Migration» um. Richtet diese sich in die falsche Richtung – also nach Norden – wird sie zur problematischen Form und der Begriff «Migration» reicht nicht mehr aus. Die Rede ist von Wirtschaftsflüchtlingen, Schlepperbanden, illegaler Migration etc. Ausserdem kann Europa nicht alle aufnehmen, die Regierungen glauben sich der eigenen Gesellschaft gegenüber verpflichtet, sich gegen Überfremdung und die Untergrabung der nationalen Sitten durch Multikulturalismus einzusetzen. Dabei wird vergessen, dass die grösste Bedrohung gegen die eigenen Werte nicht von aussen – d.h. der Migration – kommt. Vielmehr ist sie hausgemacht und zwar durch Inkonsistenz: unaufgefordert verkündet man überall auf der Welt, dass man die besseren ethischen Prinzipien wahrnimmt – also solche, die christliche Werte mit jenen der Aufklärung verbinden und sich in Nächstenliebe, Toleranz und menschlicher Würde niederschlagen. Wenn sich jedoch DIE Gelegenheit bietet, diese Werte auszuleben, wird nach allen möglichen Vorwänden gesucht, um deren Reichweite zu beschränken.

Dies ist keine Heuchelei sondern die Kluft zwischen Politik und Moral. Diese wird immer grösser und droht, die Welt kaputt zu machen. Immanuel Kant sinnierte über die praktische Vernunft, die den Anspruch des Menschen beschreibe, sein Handeln auf allgemeine Grundsätze zu beziehen, dieses Handeln in Bezug auf verbindliche Normen zu begründen und zu rechtfertigen. Ein Blick auf die Migrationspolitik weltweit zeigt schnell, dass die geltenden Grundsätze moralisch nicht zu begründen und schon gar nicht zu rechtfertigen sind. Politik hat immer weniger mit Moral zu tun. Es ist Handeln aus dem Bauch heraus. Unter diesen Bedingungen sind Reisepässe wahrlich komische Dinge. Sie sind es, die Xenophobie erzeugen, weil sie manche Menschen als Bedrohung kennzeichnen. ■



Elísio Macamo ist Professor für Afrikastudien und Sprecher des Zentrums für Afrikastudien an der Universität Basel. Kontakt: elisio.macamo@unibas.ch.

Xenophobe Gewalt in Südafrika

Ungleichheit bewirkt mehr Frustration als Armut

Im März 2015 kam es in vielen südafrikanischen Townships erneut zu Gewalt gegen Migranten und Migrantinnen. Nach den xenophoben Attacken des Jahres 2008 hatte es die Regierung versäumt, geeignete Massnahmen zu ergreifen. Auch dieses Mal beschränkte sie sich darauf, mit polizeilichen Mitteln und Repression gegen die oft illegalen Einwanderer zu reagieren. Stephen Gelb beschäftigt sich in seinem Artikel mit der Wut der Armen und macht Vorschläge für wirksame Strategien

Ein wichtiger Faktor, welcher den Gewaltausbrüchen in den Townships und Elendssiedlungen im Mai 2008 zugrunde lag, waren die zunehmenden Schwierigkeiten, mit denen sich die Armen konfrontiert sahen. Auf die Frage nach dem Grund für die Gewalt wiesen die Leute auf Kriminalität, Arbeitslosigkeit, fehlende Wohngelegenheiten und Grundversorgung hin. Minister Essop Pahad vermutete damals, dass die Gewalt auf die Machenschaften einer «dritten Kraft» zurück zu führen sein müsse, da Südafrika «mehr als irgend ein anderes Entwicklungsland für die Armen getan» habe.

Mein Argument geht dahin, dass die Gewalt nicht auf der Armut sondern auf der Ungleichheit beruhte. Es ist nicht einzusehen, weshalb jemand, der oder die arm ist, andere Arme attackieren sollte. Vielmehr sind es die durch Ungleichheit verursachten Gefühle der Ungerechtigkeit und Diskriminierung, welche Wut und Feindseligkeit gegenüber denjenigen entstehen lassen, die man zu Recht oder Unrecht als besser gestellt oder privilegiert wahrnimmt.

Sozialhilfeleistungen helfen nicht gegen Ungleichheit

Armut und Ungleichheit sind zwei verschiedene Dinge: sie sind nicht dasselbe und dürfen von der Politik nicht so behandelt werden. Zweifellos sind sowohl Armut wie auch Ungleichheit schwer zu bewältigende, tief verankerte Probleme. 2005 lebten 47 Prozent der Bevölkerung unterhalb der weithin akzeptierten Armutsgrenze von 322 Rand pro Person und Monat (Preise von 2000). Die Ungleichheit war sogar noch ausgeprägter. 2006 betrug der Gini-Koeffizient 0,73 und lag damit weltweit bei den höchsten. Die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung verfügten über 51 Prozent des gesamten Haushalteinkommens, während es bei den ärmsten zehn Prozent lediglich 0,2 Prozent waren, ein Verhältnis von 255:1.

Pahads Behauptung, dass die Regierung viel für die Armen getan habe, ist in gewisser Weise richtig. 2008–09 beliefen sich die Staatsausgaben für Sozialhilfe auf 10,7 Prozent für 12,4 Millionen direkte Empfänger und deren Angehörige. Die Zahl der Empfängerinnen stieg zwischen 2004 und 2008 jährlich um 11,8 Prozent. Unter den Haushalten des tiefsten Einkommenszehntels machte die Sozialhilfe ungefähr 75 Prozent des Einkommens aus, beim zweituntersten waren es rund 70 Prozent. Dazu kamen zusätzliche Leistungen: 5,25 Millionen erhielten in der gleichen Zeitspanne kostenfreie Wasserzuteilungen, in den folgenden drei Jahren kamen weitere 4,6 Millionen in den Genuss dieser Hilfe.

Sozialhilfezahlungen, kostenfreie Güter und Dienstleistungen wie Wasser ergänzen das Einkommen und den Konsum der Armen und tragen zur Milderung der

Armut bei. Aber bei den Daten zur Ungleichheit sind diese Unterstützungen bereits berücksichtigt. Dies legt den Schluss nahe, dass diese Leistungen keinen Einfluss auf die Ungleichheit hatten, die sich während des gleichen Jahrzehnts weiter zuspitzte.

Vergleichende Forschungsergebnisse lassen vermuten, dass Ungleichheit durch die Übertragung oder den Aufbau von Vermögen beeinflusst wird, die es möglich machen, nicht nur heute sondern auch in Zukunft ein Einkommen zu erzielen. Eigentum von Gütern wie Land, Ausbildung und Fertigkeiten oder Wohnraum geben den Armen Perspektiven und Hoffnung für die Zukunft.

Staatliche Massnahmen zur Vermögensbildung sind gescheitert

Im Gegensatz zu den staatlichen Einkommensbeschaffungsprogrammen waren die Programme zum Vermögenstransfer oder zur Vermögensbildung nicht erfolgreich. Ein Grund dafür liegt darin, dass letztere sich nicht nur auf der «Nachfrageseite» von den Einkommensbeschaffungsprogrammen unterscheiden, sondern auch auf der Angebotsseite – dem Prozess der Dienstleistungserbringung. Bei den Einkommensbeschaffungsprogrammen sind die Empfängerinnen Individuen oder Haushalte und die Transaktionen sind einfach über eine wenig aufwändige Verbindung zu tätigen, die weder von der zuständigen Verwaltungsstelle noch von der Empfängerseite substantielle Kapazitäten erfordert. Trotz Korruption und gewissen Zugangsschwierigkeiten funktionieren die Überweisungen im Allgemeinen.

Bei den vermögensbildenden Programmen hingegen handelt es sich um kollektive Empfänger, um Gemeinschaften. Das macht die Transaktionen notwendigerweise längerfristig (Ausbildung) oder umfassend, weil mehrere Dienstleistungserbringer beteiligt sind (Wohnraum, Landreform). Die Transaktion vom Erbringer zum Empfänger ist komplex und erfordert auf beiden Seiten substantielle Kapazitäten.

Diese Faktoren, nicht die fehlende Finanzierung, sind hauptsächlich dafür verantwortlich, dass Wohnen und Landreform nicht funktionieren. Ausbildung als Gut wird zusätzlich entwertet, weil ergänzende Massnahmen fehlen, zum Beispiel Unterstützung bei der Stellensuche, Lehrstellen- und Lohnverteilung. Ähnlich sieht es bei den Wohnungen aus, wo man sich in erster Linie auf quantitative Ziele konzentrierte und Fragen wie unterschiedliche Bedürfnisse sowie umfassendere Prozesse wie Gemeinschaftsentwicklung unterschätzte.

Um die Ungleichheit zu reduzieren, sollte sie nicht mit Armut gleichgesetzt und auf diese reduziert werden. Sie sollte als eigenständiges, wenn auch mit Armut verbundenes Phänomen behandelt werden. Die

gegenwärtigen Massnahmen zur Armutsbekämpfung müssen beibehalten und ergänzt werden.

Zentrale Rolle der Mittelklasse beim Kampf gegen Ungleichheit

Ungleichheit sollte jedoch als eigenes Problem vorrangige Aufmerksamkeit erhalten. Dies macht umfassende Eingriffe bezüglich der Einkommens- und Vermögensverteilung nötig, auch bei den ganz Reichen. Wenn man sich nur auf die Armen konzentriert, bekämpft man die Ungleichheit nicht – wir müssen auch die Reichen in den Fokus nehmen. Dies bedeutet nicht eine direkte Umverteilung – den Reichen nehmen, um den Armen zu geben. Das ist weder nachhaltig noch politisch machbar. Ungleichheit muss explizit als politische Priorität behandelt werden. Dazu gehört eine grundlegende Umgestaltung der staatlichen Mittelzuweisung.

schaft ist ein Grundstein für eine geteilte Identität und Zugehörigkeitsgefühl, das einer Nation (imagined community) zugrunde liegt.

Der Mittelklasse kommt eine wesentliche Rolle in den politischen, sozialen und kulturellen Prozessen beim Aufbau einer Nation zu, und die schwarze Intelligenz – Journalisten, Lehrerinnen, Aktivistinnen und andere – sind dabei essentiell. Aber weder sie noch die schnell wachsende Zahl von schwarzen Managern, kleinen Geschäftsleuten und Berufsleuten haben sich klar für eine breite Wirtschaftspolitik ausgesprochen.

Die schwarze Mittelklasse – von denen viele selbst lediglich eine Generation von der Not entfernt sind – muss ihre volle politische Stimme noch finden, während die weisse Mittelklasse zuerst die Rassenklüfte überwinden muss, bevor sie sich hinter das Projekt des nationalen Aufbaus stellen kann. Keine der beiden Gruppen war direkt von den xenophoben Übergriffen



Eine Bewohnerin des Ramaposa Township in der Nähe von Germiston) versucht 2008 ihr vom Mob angezündetes Haus zu retten (Bild: Alon Skuy 2008).

Noch wichtiger als die Umlagerung von Finanzen wäre ein anderer Einsatz der personellen Ressourcen. Hätte man die besten Kräfte – Beamte wie Politikerinnen – für den Wiederaufbau des Schulsystems, des Gesundheitswesens, des Wohnraums und der kommunalen Infrastruktur eingesetzt, hätte dies sicher zu besseren Resultaten geführt. Ein solches Umdenken der Prioritäten kommt jedoch nicht von selbst zustande. Anderswo ist die erfolgreiche Reduktion der Ungleichheit aufgrund eines politischen Bündnisses zwischen den Armen und der Mittelklasse erfolgt, entweder auf der Basis von kultureller oder religiöser Solidarität (Spanien nach Franco) oder weil die Mittelklasse erkannte, dass Ungleichheit längerfristig zu politischer und wirtschaftlicher Destabilisierung führt (Chile nach Pinochet). In der Tat hat die Mittelklasse durch Ungleichheit mehr zu verlieren als die Reichen, und folglich mehr zu gewinnen von einem gerechten, einschliessenden Wachstum. Wirtschaftliche Bürger-

betroffen, aber für beide war die Angst real, selbst zum Ziel solcher Gewalt zu werden. Die Frage stellt sich deshalb, ob ihre Antwort auf die Bedrohung durch Xenophobie darin besteht, noch höhere Mauern zwischen sich und den Armen zu errichten oder ob sie die Gelegenheit ergreift, Brücken zu den Armen zu bauen und die Herausforderung der Ungleichheit anzupacken.

Stephen Gelb war während 30 Jahren in Südafrika als Ökonom tätig. Gegenwärtig forscht und unterrichtet er am World Trade Institute der Universität Bern. Dieser Text ist die gekürzte und überarbeitete Version eines im Juli 2008 nach dem damaligen Gewaltausbruch gegen Immigranten verfassten Artikels, der im Sammelband «Go Home or Die Here» veröffentlicht wurde (Wits University Press, 2008). Seine Aussagen haben weiterhin Gültigkeit. Kontakt: srgelb@gmail.com.

Aus theologischer Sicht

Reflexionen über Xenophobie in Südafrika

Die ersten Gewaltausbrüche gegen Fremde im März 2015 gingen von Pietermaritzburg in der Provinz KwaZulu-Natal aus. Dort befindet sich auch das Ujamaa-Zentrum für Gemeinschaftsentwicklung und Forschung an der Schule für Religion, Philosophie und Klassische Studien der Universität von KwaZulu Natal. Pfarrer Sithembiso Zwane, der Verfasser dieses Artikels, wirkt dort als Programmkoordinator. Die fremdenfeindliche Gewalt stellte das Zentrum vor grosse Herausforderungen. Es hat darauf eine unmissverständliche Antwort gegeben.

In meinen Reflexionen setze ich mich mit zwei ausschlaggebenden Themen auseinander: Zuerst behandle ich die Gründe, welche die lokale Bevölkerung für die Angriffe auf ausländische Mitbewohnerinnen anführt. Dann fasse ich die theologischen Überlegungen zusammen, die uns dazu bewegen haben, den xenophoben Angriffen aktiv entgegen zu treten.

Der soziale Kontext

Das Ujamaa-Zentrum hat vor kurzem gemeinschaftliche Dialoge und Seminare zum Thema der fremdenfeindlichen Gewalt in Südafrika durchgeführt. Ziel dieser Dialoge und Seminare war es, die Hintergründe der Angriffe zu erforschen. Das dominierende Narrativ in Südafrika legt nahe, dass die Angriffe

Wissen verfügen. Die Südafrikaner glauben hingegen, dass die ausländischen Mitbewohner an der Korruption und Kriminalität im Land beteiligt sind.

Das zweite Problem, das als mitverantwortlicher Faktor genannt wurde, ist die chronische Arbeitslosigkeit und das Elend, das in Südafrika besonders die ländlichen Gemeinschaften und Menschen in den Townships betrifft. Relativ gesehen ist Südafrika ein dynamisches Wirtschaftszentrum auf dem afrikanischen Kontinent, das mit Ländern im Süden wie im Norden Handel treibt. Die gegenwärtige Arbeitslosenrate beträgt 25 Prozent und ist damit um 1,4 Prozent tiefer als im letzten Quartal, als die xenophoben Übergriffe die ganze Provinz KwaZulu Natal erfassten. Die lokale Bevölkerung gab den Ausländern die Schuld an

6



Professor Simanga Kumalo, der Direktor des Ujamaa-Zentrums (in der Mitte mit weissem Hemd) führt den Marsch gegen Xenophobie an der Universität von KwaZulu Natal an.

durch drei grundlegende aktuelle Themenkreise motiviert waren, welche das Leben der gewöhnlichen Menschen in den Gemeinschaften beeinflusst.

Das erste Problem, das als Grund für die Angriffe aufgeführt wurde, betrifft den Zugang zu menschenwürdigem Wohnraum in armen und abgelegenen Gegenden und in den Städten. Die Mehrheit der ausländischen Bevölkerung wohnt in einer solchen Umgebung. Sie können dort die Miete bezahlen, was der lokalen Bevölkerung nicht möglich ist. Dies ist so, weil die Ausländerinnen anscheinend über unternehmerisches

ihrer Arbeitslosigkeit mit dem Argument, diese akzeptierten tiefe Löhne und festigten damit das vorherrschende Muster der Abhängigkeit und Vulnerabilität der Arbeitslosen gegenüber den Arbeitgebern.

Das dritte als möglicher Grund aufgezählte Problem bezieht sich auf den Opportunismus einiger politischer Parteien, die den Eindruck von Anarchie erwecken wollen, damit der Regierung mangelnde Führungskraft vorgeworfen werden kann. Einige Stimmen tönten an, dass die Gewalt von Politikerinnen politischer Parteien inszeniert und finanziert worden sei.

Theologische Reflexion

«Wenn man in Situationen der Ungerechtigkeit neutral bleibt, hat man sich bereits auf eine Seite gestellt, auf diejenige des Unterdrückers. Wenn ein Elefant seinen Fuss auf den Schwanz einer Maus stellt, und man sagt man sei neutral, dann wird die Maus diese Neutralität nicht schätzen» (Erzbischof Emeritus Desmond Tutu).

Das Vorhandensein von Ungerechtigkeit ist eine Manifestation der Vorherrschaft gegenüber den Unterdrückten. Angriffe auf ausländische Bürgerinnen waren eine Form der Unterdrückung und ein Ausdruck der Macht durch den dominierenden Elefanten (die Einheimischen) gegen die schwächere «Maus» (die ausländischen Staatsangehörigen). In diesem Fall war Neutralität keine Option, weil die «Maus» diese Neutralität nicht geschätzt hätte.

Der Gott, dem wir dienen, ist kein neutraler Gott; er nimmt Stellung für die Befreiung, nicht für die Unterdrückung eines Menschen durch einen «Anderen». Die Geschichte des Auszugs aus Ägypten bietet uns ein umfassendes Verständnis des befreienden Gottes an, der nicht passiv ist, sondern aktiv und bewusst mit Ungerechtigkeit umgeht. Der Gott der Befreiung «sieht» die Situation der Ungerechtigkeit und «urteilt», dass es sich um Leiden handelt, und er «handelt» entsprechend dem, was er gesehen und geurteilt hat, indem er auf die Erde kommt, um durch Handeln eine Lösung zu erzielen.

Bantu-Identität muss wieder positiv besetzt werden

Das Ujamaa-Zentrum für Gemeinschaftsentwicklung und Forschung hat Gäste eingeladen und Dialoge an der Universität und in den betroffenen Nachbarschaften organisiert, um das Nachdenken und Vertiefen einer theologischen Analyse der Situation in Gang zu setzen. Einer der Referenten war Dr. Willy Mafutha aus der Demokratischen Republik Kongo, der als Pfarrer und Akademiker an einem theologischen Seminar in den USA wirkt. Er sprach mit grosser Eindringlichkeit von der Notwendigkeit, das «Bantusein» als positives Identitätskonzept zurückzugewinnen, das mit der «imago dei» verbunden ist, also dem Verständnis, dass wir alle Gottes Ebenbild sind. Er argumentierte, dass dieses Konzept durch das Apartheidregime entstellt wurde im Bestreben die Gesellschaft aufgrund von ethnischen und Stammesunterschieden auseinander zu dividieren. Dies habe zu Xenophobie und Diskriminierung anderer Menschen geführt, die man als von aussen kommend und verschieden von der Lokalbevölkerung wahrnahm.

Im zweiten Buch Mose ist festgehalten: «Den Fremden sollst du weder unterdrücken noch bedrängen, denn Fremde seid ihr im Land Ägypten gewesen» (Exodus 22,20). Gott hat den Israeliten aufgetragen, unter ihnen lebende Fremde nicht zu unterdrücken, denn sie waren selbst einmal als Fremde in Ägypten gewesen. Die Unterdrückung eines Menschen durch einen anderen ist gottlos und sündhaft; die Ägypter wurden durch Gott vernichtet, weil sie «die Anderen», die unter ihnen lebten, unterdrückten. Unterdrückung entmenschlicht nicht nur diejenigen die unterdrückt wer-



Diskussion über den Status von ausländischen Staatsbürgerinnen anlässlich der Dialog-Veranstaltungen an der Universität von KwaZulu Natal.

den, sondern auch die Unterdrücker. Paulo Freire argumentiert, dass das Überwinden von Unterdrückung nicht nur die Unterdrückten befreit, sondern auch deren Unterdrücker. Als Israel befreit wurde, waren auch die Ägypter von ihrem Dasein als Unterdrücker befreit.

Die Botschaft, dass Ausländer mit Respekt und Würde zu behandeln sind, wird auch im dritten Buch Mose hervorgehoben: «Wie ein Einheimischer unter euch soll euch der Fremde sein, der bei euch als Fremder wohnt; du sollst ihn lieben wie dich selbst. Denn Fremde seid ihr im Land Ägypten gewesen» (Levitikus 19,34). Der Gott der Gerechtigkeit und Befreiung verlangt von jedem, Fremde als Mitbürger zu behandeln, weil wir alle Fremde sind in dieser Welt, unabhängig von unserer Nationalität. Im Unterschied zu 1985 als die Kirche in Südafrika wegen der Apartheidfrage gespalten war – was im Kairos-Dokument zum Ausdruck kam, das die drei unterschiedlichen Haltungen (staatlich, kirchlich und prophetisch) widerspiegelte – hat die Kirche die xenophoben Übergriffe einheitlich verurteilt. Die Kirche hat sich prophetisch über die Ungerechtigkeiten gegenüber in Südafrika lebenden Ausländerinnen geäussert.

Diese Botschaft wurde den Tätern dieses barbarischen Verbrechens in Südafrika mitgeteilt. Wir sind mit starker Überzeugung dafür eingetreten, dass der Gott, der Israel aus der Unterdrückung in Ägypten befreite, derselbe Gott ist, der auch Südafrika von der weissen Minderheits Herrschaft befreite, welche die schwarze Mehrheit unterdrückte. Wir haben die Täter aufgefordert Gott zu ehren, indem sie ihre Brüder und Schwestern aus Afrika und darüber hinaus annehmen.

Xenophobie in Südafrika

Ausländer als Sündenböcke

Der Zustrom von nationalen und internationalen Migranten und Migrantinnen nach dem Ende der Apartheid macht die Städte Südafrikas zu einem sozial umkämpften Raum. Das Resultat sind regelmässige Diskriminierung, Intoleranz und Gewalt gegen geschätzt drei Millionen Immigranten, die im Land leben. Nach den xenophoben Ausschreitungen von 2008 gab es etliche Erklärungsversuche. Prince Asamoah und Daniela Zimmermann geben einen Überblick über die verschiedenen Ansätze und Hypothesen zu den Ursachen dieser fremdenfeindlichen Gewalt.

Zanele war auf dem Nachhauseweg vom Taxi-Halt, als sie von Unbekannten ausgeraubt und halbtot geprügelt wurde. Besonders hart traf sie der Verlust ihres Laptops, für den ihre Mutter, eine Hausangestellte in Johannesburg, monatelang gespart hatte. Obwohl sich Zanele nur verschwommen an den Vorfall erinnern konnte, bezweifelte ihre Mutter keine Sekunde, dass es Ausländer waren, die ihre Tochter so zugerichtet hatten und die Südafrika zu einem so gefährlichen Land machten für einheimische Familien wie die ihre, die trotz harter Arbeit nie auf einen grünen Zweig kommen.

Obwohl innerstaatliche Migration vom Land in die Städte in Südafrika weit verbreitet ist, fehlt vielen Bürgern das Verständnis für die internationalen Immigranten. Dieses Unverständnis, gepaart mit Schauergeschichten wie jener von Zanele, und der Vorstellung, dass es vielen Ausländern besser gehe als den Einheimischen, ergibt in den Townships einen explosiven Mix aus angestauter Wut und Frustration. «Sie stehlen unsere Jobs» und «das sind alles Kriminelle» sind oft gehörte Meinungen. Ausländer werden für die täglichen Probleme verantwortlich gemacht. Viele Südafrikanerinnen sind der Ansicht, Immigranten sollten kei-

nen Zugang zu staatlichen Leistungen erhalten und bei der Vergabe von Land oder Arbeit das Nachsehen haben. Dabei blenden sie andere Aspekte aus. Die verzweifelte Situation vieler Migranten wird oft ausgenutzt: Arbeitgeber bezahlen niedrigere Löhne, Vermieter verlangen höhere Mieten und Staatsangestellte sahen horrendes Schmiergeld ab. Hinzu kommen ständige Schikanen und Willkür von jenen Instanzen, die eigentlich für den Schutz Aller zuständig wären – egal ob In- oder Ausländerinnen. Aufgrund dieser Verwundbarkeit, die Migranten erpressbar und zu billigen Arbeitskräften macht, können sie zu einer echten Konkurrenz für Einheimische werden. In den Townships kann xenophobe Gewalt aber auch ein Mittel sein, sich unliebsamer Konkurrenten zu entledigen. Besonders Inhaber kleiner Ladengeschäfte haben die Chancen ergriffen, um Shops ausländischer Ladenbesitzer auszuschalten.

Unwissen und fehlendes Verständnis

Vielen ungebildeten Südafrikanern fehlt das Wissen über die Rechte von Flüchtlingen und Migranten und den legalen Weg zur Beschaffung von Aufenthalts- und Arbeitsbewilligungen. Der Glaube, dass alle Frem-

Flucht aus dem Township
Reiger Park bei Germiston,
Johannesburg
(Bild: Alon Skuy 2008).



den illegal im Land seien und ihre Besitztümer und Wohnungen unrechtmässig erworben hätten, kriminalisiert Ausländer und legitimiert Besitzansprüche, die oft mit Gewalt umgesetzt werden.

Der Mangel an Wohnraum, Arbeitsplätzen und funktionierender Infrastruktur zusammen mit Korruption und einer hohen Kriminalitätsrate sind strukturelle Probleme, die die Regierung nach dem Ende der Apartheid 1994 trotz grossen Anstrengungen nur ansatzweise lindern konnte. Weitere Probleme, die auf Apartheidstrukturen zurückzuführen sind, wie schlechte Schulen und sanitäre Einrichtungen in den Townships, und die grossen Distanzen zwischen Wohn- und Arbeitsort aufgrund der räumlichen Segregation, wurden nie befriedigend angepackt. Dementsprechend folgten auf die riesigen Erwartungen an die erste demokratisch gewählte Regierung ähnlich grosse Enttäuschungen. Arme Südafrikanerinnen – 2011 lebten laut Weltbank rund 39,2 Prozent der städtischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze – fühlen sich ausgeschlossen von Entwicklung und Wandel. Für einige Wissenschaftler liegt das Problem jedoch nicht bei der Armut an sich, sondern bei der Ungleichheit und der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich (siehe dazu den Artikel von Stephen Gelb in dieser Nummer).

Seit der Finanzkrise 2008 hat sich die Ressourcenknappheit in Südafrika verschärft, was landesweite Proteste und Unruhen zur Folge hatte. Den frustrierten Bürgern fehlt eine Plattform, um Beschwerden kundzutun – die Regierung ist weit weg. Ausländerinnen, die im selben Township wohnen, sind naheliegende und erreichbare Sündenböcke. Auffällige Unterschiede wie Hautfarbe, Aussprache und Kleidungsstil machen Fremde zu leicht identifizierbaren Zielen. Dass solch stereotype «Erkennungsmerkmale» irreführend sind, zeigt die hohe Zahl von Südafrikanerinnen, die den xenophoben Attacken zum Opfer fielen (2008 waren 21 der 62 Opfer Südafrikaner).

Medien befeuern das negative Image

Eine nicht zu vernachlässigende Rolle in der Wahrnehmung von Migrantinnen spielen die Medien, die Ausländer wiederholt als «Illegale» oder «Horden, die das Land überfluten» bezeichnen und sie als Gefahr für die südafrikanische Gesellschaft darstellen. Die Verbreitung von Stereotypen, Verallgemeinerungen und abschätzigen Ausdrücken nähren xenophobe Emotionen. Ungute Auswirkungen hatten auch die problematischen Äusserungen von Politikern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Als der Zulukönig Goodwill Zwelithini im Januar 2015 in einer Rede Immigrantinnen zum Verlassen des Landes aufforderte, unterstützte der Sohn des südafrikanischen Präsidenten, Edward Zuma diese Aussage.

Ein Blick auf das Vermächtnis der Apartheidvergangenheit hilft, die Konstruktion des «bösen Fremden» zu verstehen. Während der Apartheid wurde die Bewegungsfreiheit der schwarzen Bevölkerung stark eingeschränkt und kontrolliert, für Zugewanderte nicht anders als für Einheimische. Nach Jahrzehnten der Segregation bemühte sich die neue Regierung um die Schaffung einer sogenannten Regenbogenation

unter Einbezug aller Bevölkerungsgruppen. Die so geschaffene nationale Identität basiert nicht auf Sprache, Rasse oder Hautfarbe, sondern auf der Staatsbürgerschaft – Ausländer, die teilweise schon jahrelang mit einer Aufenthaltsbewilligung im Land lebten, waren davon ausgeschlossen. Viele schwarze Südafrikaner sehen schwarzafrikanische Migrantinnen als eine Gefahr für ihre Staatsbürgerschaft und die damit einhergehenden Privilegien, die sie sich hart erkämpft haben und nun nicht mit den «einströmenden Massen» teilen wollen. Die Einführung strengerer Immigrationsgesetze nach 1994 bekräftigte sie in dieser Annahme und trieb den Keil tiefer zwischen Südafrikaner und Ausländer.

Überheblicher Nationalstolz

Der erfolgreiche Befreiungskampf und Regierungswechsel sowie die relative wirtschaftliche Prosperität beschworen einen nationalistischen Diskurs herauf, in dem Südafrika als etwas Besseres dargestellt wird. Das übrige Afrika wird hingegen als arme, kriegsgebeutelte Region gesehen, aus der alle ans Kap flüchten wollen, wobei die Südafrikaner selbst ihr Land nicht zum Rest des Kontinents zählen. Diese Überheblichkeit drückt nicht nur in der Politik immer wieder durch, sondern auch im Alltag.

Alle genannten Faktoren haben ihren Anteil an der Ausländerfeindlichkeit. Jede Ausschreitung hat jedoch ihren eigenen Auslöser und beginnt in der Regel mit einer lokalen Protestveranstaltung oder der aufrührerischen Rede eines Lokalpolitikers. Untersuchungen haben gezeigt, dass in konkreten Fällen die missbräuchliche oder fehlende politische Führung den Ausschlag zu direkter Gewalt gegen Ausländerinnen und zu Plünderungen gab.

In anderen Fällen hingegen gelang es lokalen Bewegungen, die auf Solidarität und Selbstorganisation gründeten, die Gewalt zu stoppen und Immigrantinnen in ihrer Nachbarschaft zu schützen. Dies funktioniert vorwiegend dort, wo sich politisch bewusste Bürgerbewegungen aktiv für ihre eigenen Rechte, aber auch für ein besseres Verständnis und den Schutz der Immigrantinnen einsetzen. Solche Fälle unterstreichen die Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich mit den Ursachen der alltäglichen Probleme auseinandersetzen. ■

Xenophobie in der Schweiz

Fehlendem Respekt von heute entspringen Konflikte von morgen

Eines Abends, als Mohammed Wa Baile auf dem Arbeitsweg von der ETH Zürich zum Central die Polybahn benützte, sass er neben einem Jungen und dessen Vater. Der Junge schaute ihn für eine Sekunde an, drehte sich dann zu seinem Vater und meinte: «Mama hat mir gesagt, es gibt einen schwarzen Mann, der Kinder stiehlt.» Diese Kinderschreckfigur ist für Menschen mit dunkler Hautfarbe ein Affront, auch wenn sie ursprünglich möglicherweise auf die Schornsteinfeger zurückgeht. Für Schwarze ist es in der Schweiz Alltag, von der Polizei aufgrund der Hautfarbe angehalten zu werden. Als Betroffener schreibt Mohamed Wa Baile auch aus persönlicher Erfahrung.

Letztes Jahr organisierten eine somalische Kollegin und ich Diskussionsrunden für somalische Jugendliche. Diese Jugendlichen sind hier in der Schweiz geboren oder aufgewachsen. Sie leben in zwei Welten: die eine haben sie von ihren Eltern übernommen, die andere ist die schweizerische. Aus einer der Gesprächsrunden ging hervor, dass sie sich als Schweizer Jugendliche sehen und stolz darauf sind: Sie sind hier aufgewachsen, die Schweiz ist ihre Heimat; fast niemand unter ihnen war schon in Somalia oder hat Erinnerungen an das Herkunftsland. Die Vorstellung, dass sie schon bald gezielt von der Polizei kontrolliert werden, weil sie aufgrund ihrer Hautfarbe nicht wie die Mehrheit aussehen, stimmt mich traurig.

Die Polizei kontrolliert Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe

Menschen mit dunkler Hautfarbe erdulden in Bahnhöfen, auf Bahnstrecken oder an Flughäfen tagtäglich selektive Kontrollen durch Polizeibeamte. So wurde ein dunkelhäutiger Mann am 14. Mai 2014 frühmorgens auf der Zugstrecke Bern–Zürich von Polizeibeamten aus dem Zug begleitet. Drei Polizisten steuerten direkt auf den Mann zu und verlangten seinen Ausweis zu sehen. Der Zug war, wie immer um diese Zeit, gut besetzt, aber alle anderen Passagiere wurden in Ruhe gelassen. Weil der Mann sich dadurch beleidigt fühlte, im öffentlichen Raum immer wieder unter Generalverdacht zu stehen, verweigerte er seinen Ausweis zu zeigen. Später, auf dem Polizeiposten, fanden die Beamten seinen roten Pass und er wurde freigelassen.

Die gleiche Person geriet am 5. Februar 2015 im Hauptbahnhof Zürich wiederum ins Visier der Polizei. Der Mann gab an, ständig von der Polizei gestoppt und kontrolliert zu werden, egal ob im Zug, auf dem Arbeitsweg, in der Bibliothek, der Apotheke oder gar vor der Kita seiner Kinder. Dabei sei es völlig irrelevant, wo er sich aufhalte und wie er sich verhalte. Auch dieses Mal verweigerte er sich auszuweisen, und dieses Mal bekam er dafür eine Busse.

Auch Prominente werden Opfer von Racial Profiling

Dieser Mann ist im Vergleich zum tunesischen Nationalspieler und ehemaligen Captain des FC Zürich, Yassine Chikhaoui, ein Unbekannter. Herr Chikhaoui war vor kurzem beim Einkaufen in der Zürcher Bahnhofstrasse von der Polizei kontrolliert und abgeführt worden. Die Wochenzeitung WOZ berichtete von einem heftigen Polizeieinsatz: «Ein Mann spaziert mit seiner Partnerin eine vielbesuchte Strasse entlang. Sie kaufen ein, schlendern herum, gucken sich Schaufenster an. Dann wird der Mann von der Polizei angehalten, heftig zu Boden gerissen, sein Gesicht küsst den kalten Asphalt, ein Polizist drückt dem Mann das Knie in den Rücken. Die Frau schreit, Passanten und Passantinnen schauen irritiert, der Mann wird verhaftet und abgeführt.»

Der Fall des FCZ-Captains bewirkte eine Diskussion über Racial Profiling in den Medien – es gibt tagtäglich solche Vorfälle, die nicht von einer Kamera festgehalten werden. Im Fall Chikhaoui sei die Polizei auf der Suche nach Taschendieben gewesen, weswegen der FCZ-Captain einen derartigen Übergriff erleben musste. Nicht bestätigt wird hingegen die Tatsache, dass Polizeikontrollen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe in der Schweiz an der Tagesordnung sind. Solche Kontrollen anzufechten ist nahezu unmöglich, da Personenkontrollen erlaubt sind und kaum nachweisbar ist, ob bestimmte Indizien zu der Kontrolle geführt haben. So sagte man dem Mann, der immer wieder kontrolliert wird, er habe sich verdächtig gemacht, indem er den Blick von der Polizei abgewendet habe.

Polizeikontrollen sind kein Problem an sich. Es ist für alle klar, dass die Polizei das Recht hat, Menschen anzuhalten, zu kontrollieren und die Personalien aufzunehmen. Ohne Polizeikontrolle haben wir keine Chance, Kriminelle präventiv zu bekämpfen. Höchst problematisch aber ist, Menschen einzig aufgrund der sichtbaren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zu kontrollieren. Dies wird als Racial Profiling bezeichnet.

Die Opfer des Racial Profiling zeigen ihre Identitätskarten, akzeptieren, dass ihre Taschen durchsucht werden und ziehen sich sogar aus. Aber was für ein Gefühl hat man nach einer solch erniedrigenden Kontrolle? Die Betroffenen fühlen sich diskriminiert, ausgegrenzt, unerwünscht und vorverurteilt. Immer wieder meinen sie beweisen zu müssen, dass sie keine illegalen Migranten und keine Drogendealer sind.

Der diskriminierenden Praxis von Sicherheitsbeamten muss unbedingt Einhalt geboten werden. Wenn die Frage des Racial Profiling nicht angegangen wird, werden kontraproduktive Konsequenzen die Folge sein. Gerade Jugendliche, die die Schweiz als ihre Heimat verstehen, sind hier besonders verletztlich. Als Übergriffe empfundene Kontrollen sind für sie nicht leicht zu verdauen. Wie sollen sich Menschen in eine Gesellschaft integrieren, die sie institutionell diskriminiert und ausgrenzt?

Das Ziel muss die Gleichbehandlung aller in der Schweiz lebenden Menschen sein. Verdachtsmomente sollten nur auf dem Personenverhalten und objektiven

Kriterien beruhen; niemand soll aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht stehen. Dies ist auch die Forderung des «Forums für Menschen afrikanischer Herkunft über diskriminierende Methoden der Polizei und Behörden» vom 15. August 2015 in Bern.

Schwarzer Peter und schwarze Schafe

Racial Profiling ist in der Schweiz für viele ausländische Personen nach wie vor Realität. Sowohl der im September 2014 veröffentlichte Länderbericht der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) als auch der Bericht des Committee on the Elimination of Racial Discrimination (CERD) aus dem Jahr 2014 zeigen auf, dass in der schweizerischen Polizeipraxis nach wie vor «dunkelhäutige Personen aufgrund des Racial Profiling häufiger von der Polizei kontrolliert werden, einschliesslich Verhaftungen, dem Zwang sich zu entkleiden und Körperdurchsuchungen nach Drogen».

Aber auch die fremdenfeindliche Propaganda der SVP schürt Fremdenhass, insbesondere das unsägliche Plakat mit den weissen Schafen, die schwarze Schafe über die Grenze der Schweiz kicken oder jenes, auf dem dunkle Hände gierig nach dem Schweizer Pass greifen.

Des Weiteren müssen fremdenfeindliche Unterhaltungslektüren erwähnt werden. Nehmen wir zum Beispiel Kinderbücher. In der Bibliothek, wo meine Kinder ihre Bücher ausleihen, sind schockierende Geschichten auf den Regalen zu finden. «De Schorsch Gaggo reist uf Afrika» ist eine Geschichte über zwei weisse Jungen, die nach Afrika reisen, um den erwachsenen schwarzen Menschen dort zu helfen, einen bösen Löwen zu fangen. In Afrika begegnen sie Susu, dem Negermeitli des Häuptlings Krabambuli. Krabambulis grosse rote Lippen und grosse weisse Augen erinnern an ein Kartenspiel namens Schwarzer Peter. Wer am Ende des Spiels den Schwarzen Peter, eine Spielkarte, auf der ein Afrikaner abgebildet ist, in Händen hält und somit der «Neger» ist, verliert die Runde. Zur Strafe wird er oder sie Schwarzer Peter gerufen und muss einen schwarzen Punkt im Gesicht tragen. Je öfter jemand verliert, desto mehr schwarze Punkte bekommt er oder sie. Verliert man also zu oft, so könnte man schwarz werden wie Krabambuli und Susu – oder wie der Autor dieses Artikels und seine Familie.

Aktionen gegen Rassismus

Initiativen gegen Xenophobie sollten gefördert werden, um ein gutes Klima für ein friedliches Zusammenleben zu erhalten. Mehr Sensibilität der Behörden ist in Zusammenhang mit Racial Profiling erwünscht. Im Rahmen der diesjährigen Aktionswoche gegen Rassismus in Bern war es in mehreren Veranstaltungen ein Thema. Ein Vortrag zu «Polizei und Rassismus» wurde von der Unia-Jugend Bern organisiert. Das Theater «Mohrenkopf im Weissenhof», bei dem es sich um einen persönlichen Tatsachenbericht handelt, wurde aufgeführt und im African Mirror TV wurde eine Live-Talk-Show ausgestrahlt, in der sich Polizeibeamte und Opfer zu Wort meldeten.

Solche Aktionen sind wichtig, um Rassismus und Xenophobie im öffentlichen Raum zu thematisieren. Sehr wichtig ist auch, dass sich Betroffene bei einer als rassistisch empfundenen Polizeikontrolle oder gar einem Übergriff gewaltfrei verhalten und Augenzeugen solidarisch handeln, Zivilcourage an den Tag legen und bei den Behörden die Rolle von sogenannten Watch Dogs übernehmen. Sie könnten z. B. auch ihre Ausweise zeigen oder die Szene filmen. Ebenfalls sollte es mehr Druck auf politischer Ebene geben. Diskussionen über Xenophobie und problematische Polizeikontrollen müssen geführt werden, um Reformen wie Körperkameras bei der Polizei und Überwachungskameras auf Polizeiposten, das Ausstellen von Quittungen bei Polizeikontrollen oder Ombudsstellen zu realisieren, wobei beim Realisieren Betroffene mitreden sollten. Gleichzeitig sollen diese aber auch konstruktiv mit progressiven Menschen zusammenarbeiten, die sich aktiv für ein friedliches Zusammenleben einsetzen. So ist zu hoffen, dass Kinder, die sich stolz als Schweizer wahrnehmen, nicht schon bald erfahren müssen, dass sie nicht dem Idealbild entsprechen, und deshalb immer damit rechnen müssen, von der Polizei kontrolliert zu werden.

Im März dieses Jahres wurden in Bern im Rahmen der Aktionswoche gegen Rassismus in der ganzen Stadt Sitzgelegenheiten mit roten Bändern versehen, und so die Passanten zur Reflexion eingeladen.
Bild: Bogdan Myktyuk 2015.



Mohamed Wa Baile ist Mitglied der Fachkommission Integration der Stadt Bern. Er ist der dunkelhäutige Mann der sich weigerte seinen Ausweis zu zeigen. Seine Erlebnisse hat er im Theaterstück «Mohrenkopf im Weissenhof» niedergeschrieben. Er hat zwei Kinder, für welche er sich wünscht, dass sie nicht eines Tages mit dem Gefühl leben müssen, aufgrund ihrer Hautfarbe verurteilt zu werden, und dass sie die Polizei nicht bald als Gegner wahrnehmen werden.
Kontakt: www.wabaile.com.

Westсахара

Zweifelhaftes Abkommen

Der frühere Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen Hans Corell hat sich an die EU-Verwaltung in Brüssel gewandt mit der Klage, dass das mit Marokko abgeschlossene Fischereiabkommen den UN-Leitlinien widerspreche, die den Schutz von Wirtschaft und Menschenrechten verlangen. Diese postulieren auch die Respektierung von und Wiedergutmachung für kolonisierte Gebiete. Das Abkommen schliesse die Hoheitsgewässer der Westsahara ein, behandle letztere aber als Südprowinz von Marokko; damit stehe bereits fest, dass das Abkommen nicht statthaft sei. Ebenso kritisiert Corell die Firmen Glencore und Kosmos für Verträge, in welchen ihnen Marokko die Exploration und Ausbeutung von Erdöllagern vor der Küste der Westsahara zubilligt. Die Unternehmen überschritten damit ihre Sozialverantwortung (Corporate Social Responsibility). Pikanterweise behaupten sowohl die EU als auch die beiden Firmen, ihr Vorgehen stütze sich auf ein Gutachten von Corell aus dem Jahr 2002, was dieser vehement als Fehlinterpretation bezeichnet. Corell plädiert für eine Überprüfung insbesondere des Fischereivertrages durch den UN-Sicherheitsrat. ■

Kompetenzerweiterung für MINURSO gefordert

Drei entwicklungspolitische Organisationen gelangten mit der Petition an den Bundesrat, dass er sich dafür einsetze, in der UN-Vollversammlung eine Erweiterung der Kompetenzen der UN-Truppen in der Westsahara zu erreichen. Der UNO-Sonderberichterstatter für Folter habe Schikanen und Schläge für die Leute auf der Strasse sowie Folter für die zahlreichen Gefangenen bezeugt. Den UN-Truppen, denen auch Schweizer angehören, solle ein Mandat für Menschenrechtsbeobachtung erteilt werden, um diese alarmierenden Verletzungen einzudämmen. ■

Mali

Friedensschluss in Mali

Auch der laut propagierte Friedensschluss zwischen der Regierung in Bamako und (zumindest einer Fraktion) der «Befreiungsbewegung für Azawad» (MNLA) wird nicht verhindern, dass der Einsatz der UN-Sicherheitstruppen in Nordmali erneut verlängert und wahrscheinlich noch vergrößert werden muss. Auf der Seite der Rebellen scheinen die Gruppierungen – mit je besonderen Allianzen und eigenen Kommandos – stärker regionalisiert. Dies könnte auch heissen, dass sie klarer auf die Grenzabschnitte und Schmuggler Routen konzentriert sind, über welche Bewaffnung und Budget gesichert werden. Schmuggel- und Handelsgut sind Drogenimporte aus Guinea/Lateinamerika und Marokko, in Gegenrichtung werden via Lybien Waffen und industrielle Lebensmittel geliefert. So könnte das Versprechen des neuen Vertrags, regionale Parlamente wählen zu lassen, diverse Rebellengruppen interessieren. Es fragt sich nur, wieweit die ansässige Bevölkerung freiwillig mithält. Es ist unklar, ob dies selbst für die mit der Regierung kooperierende GAITA gilt, deren Gründer sich von der jetzt schwindenden MNLA abwandte, sich mit abgespaltenen arabischen und Songhay-Milizen verbündete und streckenweise mit etwas finanzieller Unterstützung die Arbeit der nationalen Armee zugeschoben erhielt. GAITA und ihr Anführer verfügen damit über ziemliche Handlungsfreiheit. Dieses Dach mehrerer lokaler Milizen behauptet, die Anliegen lokaler Kaufleute und der Bevölkerung zu verfolgen und verwahrt sich gegen den Friedensvertrag, weil es darin eher die Interessen von Warlords ausgedrückt sieht, als Zukunftspläne für das Volk. Wie wichtig die richtige Weichenstellung bei diesen Verhandlungen wäre, zeigt die zunehmende Verminung von Verkehrswegen, für welche arbeitslose Männer angeheuert werden. Sie erhalten pro Anschlag an die 700 USD, während andere Einnahmemöglichkeiten immer mehr versiegen. ■

Angola

Schriftsteller verurteilt

Sein Buch, das die Diamantengeschäfte während des Bürgerkriegs in Angola thematisiert, hat dem Schriftsteller Rafael Marques de Morais eine Klage wegen Diffamation durch sieben Generäle eingebracht. Bereits 1999 wurde er für einen kritischen Artikel zur Diktatur des inzwischen seit 35 Jahren im Amt verharrenden Präsidenten dos Santos inhaftiert. Doch dies konnte seinen Mut nicht brechen, und auch jetzt geht er nicht hinter seine Anklage zurück. Die sieben Generäle besitzen gemeinsam die Sicherheitsfirma, welche im Auftrag der Regierung den Diamantenabbau überwacht und zahlreiche Morde und Menschenrechtsmissbräuche verübte. Der Diamantenabbau, an dem dieselben Personen auch als Aktionäre teilhaben, wurde während des Bürgerkrieges vor allem zur Beschaffung von Waffen vorangetrieben. Während ihr Anwalt vollmundig erklärt, es gebe keine Verbindung zwischen den angezeigten Verbrechen und der angolanischen Armee, prügelte sich die Polizei vor dem Gericht mit Protestierenden, welche die Inhaftierung der Generäle verlangten. Rafael Marques de Morais wurde im Juni zu sechs Monaten bedingter Haft verurteilt. Angola ist für die Korrumpierung von Journalistinnen durch Geschenke, aber auch für die Langzeithaftierung und das Verschwinden von Regimekritiker bekannt. ■

Wahlvorbereitungen im kongolesischen Stil

Der Präsident der demokratischen Republik Kongo, Joseph Kabila, versucht die konstitutionelle Barriere von zwei Amtszeiten für den Präsidenten zu umgehen und erweist sich dabei erneut als wenig zimperlich. Nachdem der Aufruhr der Studierenden gegen die Wahlverschiebung und Streichung dieses Verfassungsartikels im Januar blutig niedergeschlagen wurde und über 40 Tote forderte, zeitigten die Proteste doch den Erfolg, dass die Wahlen noch dieses Jahr abgehalten werden müssen. Mindestens 18 zum Teil internationale Teilnehmer einer durch die USA «im Interesse einer Meinungsäußerung und Diskussion mit der Jugend» gesponserten Tagung zur Demokratisierung werden in Haft gehalten und der Planung eines Staatsstreiches beschuldigt. Auch ein amerikanischer Diplomat wurde anlässlich einer Pressekonferenz zur Tagung vorübergehend festgenommen. Elf Leute aus einer Gruppe, die in Goma – am anderen Ende des Landes – gegen diese Festnahmen protestierte, wurden ebenfalls verhaftet; zwei mithaltende belgische Historiker klagten über Tötlichkeiten der Polizei. ■

Sponsoring statt Steuerflucht

Ein nigerianischer Tycoon hat sich entschlossen, 1000 Jungunternehmer und -unternehmerinnen in 52 afrikanischen Staaten zu unterstützen, um den privaten Sektor auf dem Kontinent zu fördern. Sie wurden aus rund 20 000 Bewerbungen ausgesucht. Es ist der bisher grösste Fonds für afrikanische Kleinunternehmer. Über die kommenden zehn Jahre sollen Mittel in der Höhe von 100 Mio USD 10 000 Unternehmen zukommen. «Die Auswahl der 1000 Unternehmer bringt uns unserem letztlichen Ziel näher, Afrikas wirtschaftliche und soziale Transformation von Innen heraus voranzubringen und die Arbeitsplatzschaffung radikal zu verstärken», kommentierte Tony Elumelu sein Vorhaben, «die Unternehmerinnen sind Afrikas Zukunft!» Er hoffe, damit eine Million Arbeitsplätze zu generieren. ■

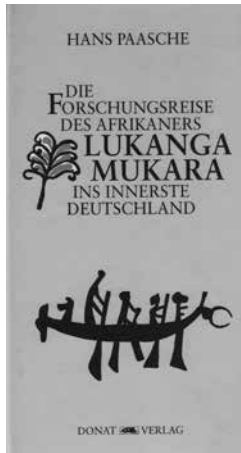
Verräterische, undichte Stellen bei PriceWaterhouseCoopers

Das internationale Konsortium investigativer Journalisten (ICIJ) hat Dokumente der renommierten Finanzberatungs- und Revisionsfirma PriceWaterhouseCoopers (PwC) ausgewertet, die durch eine Sicherheitslücke zugänglich wurden. Damit gelang ihnen der Nachweis, dass PwC internationalen Firmen, die vor allem im Welt-Süden aktiv sind, zur «Steuroptimierung» rät und auf entsprechende Angebote luxemburgischer Banken hinweist. Involviert ist letztlich auch der luxemburgische Staat, der die notorisch günstigen Abgabeverhältnisse geschaffen hat und zu einer der Hochburgen der Steuerflucht geworden ist. Die meist sehr komplexen und undurchsichtigen Mechanismen sind zwar legal, werden aber in Europa zunehmend als unethisch in Frage gestellt. Der einfachste Mechanismus ist, dass einst nur in afrikanischen Staaten registrierte Unternehmen eine Zentralniederlassung in Luxemburg gründen oder ihre Urheberrechte an eine dortige Finanzgesellschaft verkaufen. Diesen werden die geistigen Eigentumsrechte überschrieben, für welche in der Folge die nun zu lokalen Niederlassungen gewordenen Betriebe in Afrika

Lizenzgebühren entrichten. In Luxemburg sind diese aufgrund einer Vereinbarung mit der Staatsmacht zu 80 Prozent steuerfrei. Auch Dividenden, die der Zentralniederlassung zufließen, geniessen hier einen niedrigeren Steuerfuss als in den Produktionsländern. Durch Kreditvergabe an Firmen im Süden fließen ausserdem als Zinsen deklarierte Gewinne in das Herzogtum, wo Zinserträge von der Steuer ausgenommen sind. Die von ICIJ exponierten Firmen sind eigentlich in Liberia, Sierra Leone, DR Congo, PR Congo, Kenya, Madagaskar, Uganda, Rwanda, Äthiopien, Côte d'Ivoire, Nigeria, Kamerun, São Tomé und Príncipe, Marokko, Ägypten und teilweise auch auf anderen Kontinenten beheimatet. Welche Summen damit diesen Ländern entgehen, ist schwierig zu eruieren nach all den Strukturveränderungen der Firmen und auf Basis der vielfach nicht sehr geordneten afrikanischen Steuerregister aus der Vorperiode. Damit sind nur wenige Finanzminister in Afrika überhaupt im Bild, welche Summen bei ihnen heute nicht versteuert werden. Experten und Expertinnen ist klar, dass die aufgedeckten Fälle aber allenfalls die Spitze eines Eisbergs sind. ■

Literatur

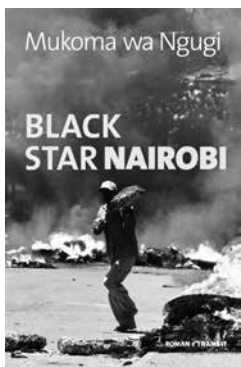
Buchbesprechungen



Hundertjährige Protestliteratur

sg. Schon seit dem 18. Jahrhundert tauchen immer wieder kleine satirische Schriften auf, die in scheinbar naiver, verschmitzter Art grundlegende Kritik und Befremdung über gesellschaftliche Verhältnisse populär machen. Hans Paasches Lukanga Mukara ist nichts anderes als ein älterer Bruder des Papalagi, und auch er hat die Lettres persanes von Montesquieu zur Vorlage, wenn er fiktiv seinem König in Afrika von einer Reise durch Deutschland vor hundert Jahren berichtet. Was Lukanga aufs Korn nimmt, sind Grundlagen des wirtschaftlichen und politischen Funktionierens der Kolonialmacht Deutschland und ihre Rituale der Selbstdarstellung, mit denen die Einzelnen sich in diese Ordnung einreihen. Als Sohn der damaligen Elite hatte Hans Paasche einen Blick für die möglichen Folgen dieser Dispositionen und sah weit über den Zeithorizont des 1. Weltkriegs hinaus. Paasche wurde zu einer Leitfigur der «freideutschen Jugend», also der «Wandervögel», und wurde nach dem Krieg in die Räteregierung gewählt. Nachdem er sich enttäuscht aus der rasch ausgehöhlten Funktion zurückgezogen hatte, entging er doch der Rache der Offizierskorps nicht: Er wurde 1920 ohne juristisches Nachspiel ermordet. Mit den Ausführungen von Iring Fetscher und Helmut Donat zum Autor ist das Büchlein ein sehr spezifisches Dokument jener Epoche. ■

Hans Paasche: Die Forschungsreise des Afrikaners Lukanga Mukara ins innerste Deutschland. Borgfeld 2010 (Donat-Verlag).



US-kenyanischer Action-Plot

cvl. Mukoma wa Ngugis Kriminalserie «Nairobi Heat» und «Blackstar Nairobi» drehen sich um den afro-amerikanischen Kriminalkommissar Ishmael, seine Freundin Muddy, und den kenyanischen Polizisten Odiambo, genannt O. Aus der Sicht Ishmaels geschrieben, entfaltet sich eine rasante Kriminalgeschichte. In Nairobi Heat wird in Madison (USA) eine blonde Schönheit ermordet auf der Türschwelle eines ruandischen Professors gefunden, der im Genozid heldenhaft Tausende gerettet haben soll. Zunächst gibt es keine Fortschritte in der Klärung des Falles, bis Ishmael einen mysteriösen Anruf erhält, dass der Fall sich nur in Kenya, wo der Professor wohnt und eine NGO betreibt, aufklären lasse. Hier trifft er auf seine späteren Partner O und Muddy, die ihm bei der Klärung des Falles helfen.

Im Folgeroman Black Star Nairobi arbeiten O und Ishmael als Detektiv-Team in Kenya. Sie geraten dabei in die gewaltsamen Wirren der Präsidentschaftswahlen 2007 und fliehen mit Muddy in die USA, um dort unter grossen Risiken einen komplizierten Fall rund um Terrorismus und Mord zu lösen.

In beiden Büchern wähnt man sich bald in einem Hollywood Action-Film, warnt doch schon der Klappentext, die kenyanische Polizei würde «immer zuerst schiessen und dann erst fragen.» Diese Action-Szenen erhöhen zum Teil zwar die Spannung und tragen zur Entwicklung eines rasanten Plots bei, doch büssen die Krimis dadurch an Glaubwürdigkeit und Realitätssinn ein. Leider bedient sich der Autor auch einiger Klischees, darunter Muddys Figur der schönen aber gefährlichen schwarzen Frau, die selbst Opfer des Genozids war und vor nichts zurückschreckt, oder auch die überspitzte Darstellung Ishmaels als Amerikaner mit Identitätskrise in Kenya.

Interessant sind hingegen die Denkanstösse bezüglich der politischen Verstrickung der USA sowie das kritische Hinterfragen von NGOs und politischen Instanzen. Somit vermögen die Krimis zwar zu unterhalten, bleiben aber hinter den durch manche positive Kritiken geweckten Erwartungen zurück. ■

Mukoma wa Ngugi: Nairobi Heat. Berlin 2014 (Transit).
Ders.: Black Star Nairobi. Ebenda 2015.
Übersetzung Rainer Nitsche.

Mit den Worten eines altklugen Kindes

nt. Birahima ist ungefähr 12 Jahre alt, als seine Mutter stirbt, und er zum Waisenkind wird. Er soll nach Liberia zu seiner Tante Mahan, die werde sich schon um ihn kümmern. Yacouba der Fetischpriester, Marabout und grosser – auch grossartiger! – Gauner schliesst sich ihm an, und gemeinsam machen sie sich auf den Weg nach Süden. Sie geraten dabei in Bürgerkriege, von denen niemand so richtig weiss, wer warum für was oder gegen wen kämpft. Birahima braucht Geld und verdingt sich als Soldat, als eines der ungezählten Kinder, die lernen müssen Menschen zu töten. Yacouba bleibt beratend an seiner Seite und zieht auch manche Katastrophe an. Kourouma beschreibt in der Sprache eines altklugen Kindes Gräueltaten, die nur so überhaupt erzählbar werden. Kourouma, der grosse Meister der Sprache, hat einen Weg gefunden, das Unausprechliche und vor allem Unerträgliches aufs Papier zu bringen. Darüber hinaus hat Kourouma elegant seine Muttersprache Malinke ins Französische transferiert, eine Kunst, die er meisterlich beherrscht. Birahima kommentiert mit Hilfe von Wörterbüchern und in einer zum Teil erfundenen, manchmal komischen Kindersprache das Chaos des Krieges. So gelingt es Kourouma nie ins Pathetische zu kippen und trotzdem nichts

von dem auszulassen, was Menschen sich gegenseitig an Grausamkeiten antun können. Den ungezählten Kindern, die in diesen Kriegen ihre Unschuld und Kindheit eingebüsst haben, ist auf diese Art ein Denkmal gesetzt – schmerzhaft real.

Wir begegnen Birahima wieder, in Amadou Kouroumas letztem, unvollendetem Werk «Quand on refuse on dit non», welches erst nach seinem Tod 2004 bei Seuil erschien. Noch gibt es davon keine deutsche Übersetzung. Birahima, nun demobilisiert, schlägt sich in Daloa (Côte d'Ivoire) als Gehilfe eines Buschtaxi-Unternehmers durch. Mit seiner angebeteten Fanta bricht er aber bald in den Norden des Landes auf, und auf dieser Reise erzählt ihm seine Geliebte die Geschichte ihres Landes. Wir bekommen somit einen Einblick in die Konflikte und Unruhen, die Côte d'Ivoire 2002 erschüttert haben. ■

Amadou Kourouma: Allah muss nicht gerecht sein. (Originaltitel: Allah n'est pas obligé. Übersetzung Sabine Herting). München 2002 (Albrecht Knaus Verlag).



Space Rumba aus Kinshasa und frische afro-kubanische Rhythmen aus Senegal

Mbongwana Star aus Kinshasa ist eine dieser neuen Gruppen aus dem urbanen Afrika welche mit neuem, zukunftsträchtigem Sound überraschen. Mbongwana heisst auch Wandel und das hört man der Musik prächtig an. Gründer von Mbongwana Star sind zwei im Rollstuhl musizierende Profis, welche vorher bei Staff Benda Bilili dabei waren. Coco Ngambali und Theo Nzonza sind die eigentlichen Bandleader welche weitere fünf Musiker um sich geschart haben und voller Elan und viel Experimentierfreude ans Werk gehen. Eine wichtige Rolle dabei spielt auch der französische Space- und Elektromusiker, sowie Ausnahmebassist Doctor L.

Traditionelle Musikstile werden gnadenlos verändert. Soukous-Schmeichelgesang trifft sich mit Hardcore-Power. Roher, giftiger Funk verbindet sich mit dem Metallofon-Sound der legendären Konono No. 1.

Jedes Stück birgt etwas Neues, Überraschendes. Es wird nie beliebig. Aber dazwischen manchmal fast ein wenig besinnlich mit prägnanten Stimmen. Dann durchbrechen metallene Töne die Stimmung und bringen fast rasendes Tempo in die Musik – Zukunftsmusik aus einer unüberschaubaren, dröhnenden, riesigen Stadt. Nicht zu überhören ist dabei eine neue Generation kongolesischer Musiker, die in verschiedenen Projekten auch



über die Musik hinaus zusammenarbeiten. Auch Schriftsteller und Studierende der Künste sind in dieser zukunftsträchtigen Musikwelt involviert. So etwa in einem speziellen Video der Band, welches in Bild-Auszügen auf dem seltsamen Cover der gerade erschienenen CD zu sehen ist. Ein fantastisches Gebräu – afrikanische Musik zum 21. Jahrhundert aus Kinshasa und sehr hörensenswert.

Einen ganz anderen Stil pflegt der grosse Musiker und Sänger Cheikh Lô aus Senegal. Lô ist ein Meister der feinen afro-kubanischen Rhythmen. Nach fünf Jahren Unterbruch legt er ein überzeugendes Album vor mit einer Fülle hochaktueller Songs. Auf der Platte ist immer wieder eine gute Prise Afro-Jazz-Funk zu spüren. Sehr schön der Song Doyal Naniou, in dem die grandiose Sängerin Oumou Sangare zu hören ist. Auf Degg Gui singt Cheikh Lô zu einer Musik, welche gekonnt vom Akkordeonisten Flixi und der brasilianischen Sängerin Flavia Coelho begleitet wird. Und dem Titelsong Balbalou haucht der Trompeter Ibrahim Maalouf eine besondere Note ein.

Die Musik auf Balbalou ist leicht, luftig, sehr gut eingespielt und gekonnt arrangiert. Die Instrumente fliessen förmlich zusammen und erzeugen eine dauernde, angenehme Spannung. Eindrücklich auch der besondere Einsatz von Blas- und Streichinstrumenten – feine Musik für Geist und Körper. ■

Mbongwana Star: From Kinshasa. 10 Tracks. CD & LP (Vinyl). World Circuit Rec.

Cheikh Lô: Balbalou. 10 Tracks. CD & LP (Vinyl). Chapter Two Rec.

Die Besprechung verfasste Pius Frey. Bezugsadresse für CDs: Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St. Gallen. medien@comedia-sg.ch. www.comedia-sg.ch, mit umfassendem Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.

Marikana-Bericht: eine Schande

bm. Rund 20 000 Menschen gedachten am Sonntag, 16. August 2015 in Marikana der Minenarbeiter, die vor drei Jahren im Kugelhagel der Polizei starben oder verletzt wurden. Gross war die Enttäuschung der Betroffenen über den Bericht der Farlam-Kommission, der am 25. Juni endlich veröffentlicht worden war. Einige der Minenarbeiter bezeichneten ihre Teilnahme an den Anhörungen der Kommission als kostspielige Zeitverschwendung. Die erhoffte Gerechtigkeit sei ausgeblieben, denn der Bericht macht niemanden für die Morde verantwortlich und erhebt gegen niemanden Klage.

Cyril Ramaphosa, damals Lonmin-Direktor und Mitglied des Verwaltungsrats sowie heutiger Vizepräsident Südafrikas wird, wie weitere zuständige Regierungsmitglieder, ausdrücklich von jeder Schuld freigesprochen. Die ganze Verantwortung für das Massaker an 34 streikenden Minenarbeitern wird dem Fehlverhalten der Polizei zugeschoben. Der Bericht unterlässt es auch, Entschädigungen an die betroffenen Minenarbeiter und deren Familien zu empfehlen.

In der Zwischenzeit haben die Anwälte und Anwältinnen der Betroffenen Zivilklagen gegen den Polizeiminister eingereicht und erwägen weitere Klagen. Anwalt Dumisa Ntsebeza, der die Familien der getöteten Arbeiter vertritt, nannte den Bericht eine Schande. Joseph Matinjwa, der Präsident der Gewerkschaft AMCU erwägt eine von der Regierung unabhängige Untersuchung zu verlangen. Schlimm sind die andauernden Kontroversen für die betroffenen Familien, die nach dem Verlust des Brotverdieners in grosser Not leben und so auch nicht zur Ruhe kommen können.

Besondere Empörung löste ein Brief von Präsident Jacob Zuma vom 24. April 2014 aus, in dem dieser der Kommission nahelegte, in ihrem Bericht keine ab-

schliessenden Aussagen über das Verhalten der Exekutive zu machen. Dies könne zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden.

Der 600-seitige Bericht kritisiert das Verhalten der Polizei als unsachgemäss. Er stellt die Kompetenz von Polizeichefin Riah Phiyega in Frage und empfiehlt eine Strafuntersuchung gegen alle an der Operation beteiligten Polizisten und Polizistinnen. Kritisiert wird insbesondere, dass die Führung die Operation nach der ersten Phase, während der 17 Minenarbeiter erschossen wurden, nicht abbrach. Ein weiteres Verschulden der Polizei sieht die Kommission in der unterlassenen Hilfeleistung – es dauerte über eine Stunde, bis die Sanität zu den Verletzten vorgelassen wurde. Ausserdem hatte die Polizei die Untersuchungen der Kommission behindert.

Lonmin wird vorgeworfen zu wenig zur Lösung des Streiks beigetragen zu haben und den Arbeitern das Gespräch verweigert zu haben. Das Unternehmen wird beschuldigt, seine Verpflichtungen nicht wahrgenommen zu haben. Die Lebensbedingungen der Arbeiter seien unwürdig, was ein wichtiger Grund für den Streik gewesen sei. Lonmin habe sich verpflichtet, 5500 Häuser zu bauen. Bis zum Streik seien jedoch nur drei davon fertig gestellt gewesen. Lonmin hatte dies mit dem Zerfall des Platinpreises begründet. Die Kommission hielt dem entgegen, dass Lonmin zwischen 2007 und 2012 Überweisungen an Steuerparadiese in Höhe von 1,5 Milliarden Rand für fiktive Leistungen im Bereich Marketing vorgenommen hatte. Die in Zug domizilierte Glencore war mit 28 Prozent grösster Einzelaktionär von Lonmin mit Sitz im Verwaltungsrat. ■

Im Cartoon des südafrikanischen Zeichners Zapiro zum dritten Jahrestag des Marikana Massakers spielen Präsident Jacob Zuma, Vizepräsident Cyril Ramaphosa, die Minister Susan Shubangu, Nathi Mthethwa und der Kommissionsvorsitzende Ian Farlam die Hauptrollen in einem traurigen Plot (© Zapiro 2015).

